



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	112
Honoraranspruch des Steuerberaters	113
– Formvorschriften	
– Einforderbarkeit, § 9 Steuerberater- gebührenverordnung (StBGebV)	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 26.4.1990 – 18 U 16/90)	
Honoraranspruch des Steuerberaters	115
– Gebührenüberzahlungen	
– Pauschalvergütung	
– Rahmengebühr	
– Buchführungsarbeiten – § 33 Abs. 1 StBGebV.	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 3.5.1990 – 18 U 243/89, rkr.)	
Provisionsgeschäfte	119
– Herausgabepflicht	
(OLG Koblenz Ur.t.v. 16.3.1989 – 5 U 1334/88, nrkr.)	
Haftung des Steuerberaters	122
– Steuerberatung und Anlagenberatung	
– Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden	
(LG Duisburg Ur.t.v. 9.11.1989 – 9 O 97/88)	
Fehlerhafte Anlageberatung	126
– Anlageberatung durch Mitarbeiter/Steuerfachgehilfen	
– Duldungsvollmacht	
– Garantievertrag	
(LG Köln Ur.t.v. 22.6.1988 – 20 O 5417/87)	
Haftung des Steuerberaters	129
– Schaden durch Schätzungsveranlagung	
(LG Köln Ur.t.v. 22.6.1989 – 2 O 42/88)	
GI Hinweis	131

GI Leitsätze

Schadenersatzanspruch gegen Rechtsanwalt/Hinweispflicht auf Fehler und drohende Verjährung/Rückgabe der Anwaltszulassung

Nach Beendigung des Anwaltsvertrages ist der Rechtsanwalt regelmäßig auch dann nicht mehr verpflichtet, eigenverantwortlich den Mandanten auf einen Ersatzanspruch gegen sich selbst und dessen drohende Verjährung hinzuweisen, wenn er, inzwischen aus der Anwaltschaft ausgeschieden, als freier Mitarbeiter eines anderen Rechtsanwaltes für diesen den selben Mandanten weiter berät. Diesem haftet gegebenenfalls sein neuer Vertragspartner. (BGH Urt.v. 1.2.1990 – IX ZR 82/89, NJW-RR 1990, 459)

Anlageberatung/Wirtschaftsberatungsfirma/Verjährung

Schadenersatzansprüche wegen unrichtiger Prospektangaben im Rahmen einer Anlageberatung verjähren, wenn persönliches Vertrauen in Anspruch genommen wurde, in 30 Jahren. (OLG Stuttgart Urt.v. 31.3.1989 – 9 U 234/88, NJW-RR 1990, 473)

Fristversäumnis/Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand/Arbeitsüberlastung

Wiedereinsetzung kann nur gewährt werden, wenn der Steuerpflichtige ohne Verschulden verhindert war, die Revisionsbegründungsfrist einzuhalten. Dabei hat er sich ein Verschulden seines Bevollmächtigten zurechnen zu lassen.

Wiedereinsetzungsgründe liegen nicht vor, wenn lediglich vorgetragen wird, der Prozeßbevollmächtigte habe die Revisionsfrist „wohl“ aus Gründen der Arbeitsüberlastung der zuständigen Mitarbeiterin versäumt. Es muß auch dargelegt werden, welche Vorkehrungen getroffen wurden, um sicherzustellen, daß trotz der großen Arbeitsbelastung die notierten Fristen eingehalten werden. (BFH Urt.v. 2.6.1989 – X R 5/85, BFH NV 1990/1171)

Neuer Vordruck für Abtretungsanzeigen und Verpfändungsanzeigen

Die Finanzverwaltung hat neue Vordrucke für die Anzeige der Abtretung oder Verpfändung eines Erstattungs- oder Vergütungsanspruchs „erfunden“. Dieser Vordruck ist für alle nach dem 30.9.1990 bei den Finanzbehörden eingehenden Anzeigen zu verwenden. Es bestehen keine Bedenken, diesen neuen Vordruck bereits vorher zu benutzen. Wird demgegenüber der alte Vordruck nach dem 30.9.1990 benutzt, so will die Finanzverwaltung die Abtretung oder Verpfändung als unwirksam behandeln.

(Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 3.4.1990 – IV A 5/S 0062/5-90)

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Formvorschriften
 - Einforderbarkeit, § 9 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV)
- (OLG Düsseldorf Urt.v. 26.4.1990 – 18 U 16/90)

Leitsatz (d.Verf.):

1. Entspricht die Honorarrechnung nicht den Formvorschriften des § 9 StGebV, so sind die Vergütungsansprüche nicht einforderbar und somit auch nicht klagbar.
2. Die Gebührenberechnung und die Einzelangaben gem. § 9 StGebV können getrennt werden. Die erläuternden Einzelangaben müssen dann aber alle gem. § 9 StGebV erforderlichen Angaben nachholen.
3. Die Anforderungen an den Inhalt der Honorarrechnung sind unverzichtbar. Sie lassen sich nicht in einem späteren Prozeß nachholen.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat weitestgehend, bis auf einen geringen Teil in Höhe von 30,50 DM zuzüglich Mehrwertsteuer, keinen Anspruch auf Bezahlung seiner Rechnungen vom 14.5.1986 (6.859,72 DM) und vom 18.6.1986 (1.250,30). Denn diese Rechnungen entsprechen inhaltlich nicht den Anforderungen des § 9 StBGebV. Damit sind die verlautbarten Beträge **nicht einforderbar, somit auch nicht klagbar**. Gemäß § 9 Abs. 2 StBGebV müssen in der Berechnung des Steuerberaters die Beträge der einzelnen Gebühren und Auslagen, die Vorschüsse sowie die angewandten Gebührenvorschriften und bei Wertgebühren auch der Gegenstandswert angegeben werden. Für die **Vertretung beim Finanzamt** sowie die **Teilnahme an der Betriebsprüfung** weist die Rechnung vom 14.5.1986 nur Beträge bzw. Endbeträge aus. **Es fehlt der Hinweis auf die Gebührenvorschriften**. Da **Zeitgebühren** geltend gemacht werden, hätten **§ 29 Nr. 1, aber auch § 13** (Höhe der Zeitgebühr) StBGebV genannt sein müssen (vgl. Eckert-Bötcher 2. Aufl., StBGebV, Beispiel unter § 9 Ziff. 2.2).

Das Landgericht hat ausgeführt, eine Nachholung der Erläuterung in einem weiteren Schreiben sei möglich, die Erläuterung sei im Schreiben vom 28.7.1986 erfolgt. **Zutreffend ist, daß die Berechnung sowie die Einzelangaben getrennt werden können** (Eckert-Böttcher § 9 Ziff. 2.5 unter Berufung auf die Verordnungsbegründung); dann muß aber die Erläuterung alle gemäß § 9 StBGebV erforderlichen Einzelangaben nachholen. Das ist hier nicht geschehen, denn das Schreiben vom 28.7.1986 enthält nur den Hinweis: „Der Stundensatz von DM 90,- entspricht dem Mittelwert unserer StBGebV..“, nicht aber die Vorschrift, die zur Erhebung der Zeitgebühr berechtigt. Damit fehlt es an der erforderlichen Nachprüfbarkeit der Abrechnung.

Gleiches gilt, soweit der Kläger **Gebühren für die Buchführung und Steuerberechnung** in beiden Rechnungen vom 14.5.1986 und 18.6.1986 berechnet hat. Insoweit enthält das Schreiben vom 28.7.1986 zwar die Vorschrift (§ 33 Abs. 1 StBGebV), auch den Hinweis auf die 8/10-Gebühr, aber **nicht den Gegenstandswert**. Schon aus diesen Überlegungen heraus kann dahinstehen, ob es für die Herbeiführung der Einforderbarkeit vorliegend ausreichen konnte, daß der Kläger die zunächst gar nicht erläuterten Rechnungen durch ein späteres Schreiben (auf entsprechende Beanstandung des Beklagten im Schreiben vom 10.7.1986 hin, Bl. 45 USB) erläutert hat.

Auf die entsprechenden Bedenken hat der Beklagte schon erstinstanzlich in seiner Klageerwiderung hingewiesen. Mit der Berufungsbegründung hat der Beklagte die entsprechenden Bedenken wiederholt. Das Landgericht hat schon in der Ladungsverfügung vom 21.6.1989 den Kläger darauf hingewiesen, daß die Rechnungen hinsichtlich der Buchführung und Steuerberechnung nicht der Vorschrift des § 9 StBGebV entsprechen. An die dort geäußerten Bedenken hat sich das Landgericht mit der Entscheidung nicht gehalten. Gleichwohl sieht der Senat keine Veranlassung zu einem weiteren Hinweis. Das Gesetz stellt zwingende **Anforderungen an den Inhalt der Abrechnung eines Steuerberaters**. Diese sind unumgänglich und unverzichtbar, denn **sie sollen die Nachprüfbarkeit ermöglichen, sie lassen sich auch in einem späteren Prozeß nicht nachholen, da dem Unterschriftserfordernis Rechnung getragen werden muß, durch das die Verantwortlichkeit des Steuerberaters für die Richtigkeit seiner Abrechnungen in zivilrechtlicher, strafrechtlicher und standesrechtlicher Hinsicht sichergestellt wird.**

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Gebührenüberzahlungen
 - Pauschalvergütung
 - Rahmengebühr
 - Buchführungsarbeiten – § 33 Abs. 1 StBGebV.
- (OLG Düsseldorf Urt.v. 3.5.1990 – 18 U 243/89, rechtskräftig)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Gebührenüberzahlungen können vom Mandanten wegen ungerechtfertigter Bereicherung, § 812 BGB, vom Steuerberater zurückverlangt werden.
2. Eine Pauschalvergütung des Steuerberaters muß schriftlich vereinbart werden (§ 14 StBGebV).
3. Honoraransprüche verjähren in zwei Jahren (§§ 196 Abs. 1 Nr. 15, 201 BGB).
4. Verlangt der Steuerberater bei einer Rahmengebühr mehr als die „Mittelgebühr“, hat er die überdurchschnittliche Bedeutung, den überdurchschnittlichen Umfang und die Schwierigkeiten der Bearbeitung zu erläutern (ständige Rechtsprechung des OLG Düsseldorf GI 1986, 96 und 100).

Aus den Gründen:

1. Rechtliche Grundlage für den Rückzahlungsanspruch des Klägers ist § 812 Abs. 1 BGB. Danach ist eine Leistung herauszugeben, die ohne Rechtsgrund erfolgt ist.

Dies gilt für die Zahlungen des Klägers, die aufgrund der zwischen den Parteien getroffenen Pauschal-Abrede erfolgt sind. Diese mündliche Vereinbarung ist nämlich – als Vereinbarung einer **Pauschalvergütung** für bestimmte Leistungen des Beklagten – **nichtig, weil sie der nach § 14 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) vorgeschriebenen Schriftform ermangelt**. Soweit der Beklagte über die vereinbarten Monatszahlungen sogenannte „Dauerrechnungen“ erteilt hat (Rechnungen vom 26.1.1984 über 313,50 DM und vom 24.4.1985 über 399 DM), sind diese lediglich Folge und Ausdruck der getroffenen Abreden, sie können nicht – wie der Kläger meint – als Gebührenbestimmung des Beklagten gemäß § 11 StBGebV gewertet werden;

dazu fehlt den Rechnungen bereits die hinreichende Bestimmtheit hinsichtlich der Leistungen, welche für den in Rechnung gestellten Monatsbetrag erbracht werden sollten.

Der Beklagte hat infolgedessen seine tatsächlich erbrachten Leistungen nach der StBGebV abzurechnen, und zwar mit ausreichend spezifizierten Rechnungen (§ 9 StBGebV). Aus dem Vergleich zwischen den ordnungsgemäß abgerechneten Beklagtenleistungen und den (unstreitigen) Zahlungen und Warenlieferungen des Klägers ergibt sich dann, ob tatsächlich eine Überzahlung – und in welcher Höhe – vorliegt.

- II. Diese Überprüfung der vom Beklagten (ergänzend) abgerechneten Leistungen ergibt, daß eine Überzahlung in Höhe der Klageforderung vorliegt, und zwar schon anhand der eigenen Angaben des Beklagten:

1. Leistungsentgelte des Beklagten für das Jahr 1985:

Der Beklagte verlangt für das Jahr 1985 jetzt noch ein restliches Entgelt von 238 DM (Berufungsbegründung vom 16.1.1990). Zur Begründung beruft er sich auf die eigenen Angaben des Klägers in dessen Schriftsatz vom 15.3.1989. Dort hat der Kläger aber lediglich ausgeführt, daß von den für das Jahr 1984 insgesamt zu leistenden **Pauschalbeträgen** von 4.788 DM (399 DM x 12) nach Zahlungen von insgesamt 4.000 DM und nach Warenbezügen von 550 DM lediglich noch 238 DM offen seien. In dieser Rechenweise des Klägers liegt keine Bestätigung einer entsprechenden Forderung des Beklagten, weil die Abmachungen der Parteien über die monatlichen Pauschalzahlungen – als endgültige Entgeltvereinbarung – nichtig sind (siehe oben).

Auszugehen ist deshalb von der nunmehr vom Beklagten vorgenommenen Berechnung seiner Buchführungsleistungen für 1985 (die Abschlußarbeiten und Steuererklärungen für 1985 hat der Beklagte mit seiner Rechnung vom 30.11.1987 in Rechnung gestellt und vom Kläger bezahlt erhalten). Dazu kann die Gebührenrechnung des Beklagten vom 28.9.1989 inhaltlich und abrechnungsmäßig als richtig unterstellt werden, gegenüber den unstreitigen Zahlungen und Warenlieferungen des Klägers ergibt sich dennoch keine restliche Entgeltforderung des Beklagten:

.....

Soweit der Beklagte in seiner Rechnung vom 28.9.1989 (Endbetrag: 19.266,91 DM) nunmehr auch seine Buchführungsarbeiten für 1983 und für 1984 nach der StBGebV berechnet, bezieht er die von ihm ermittelten

Beträge nicht in seine Forderung ein. Damit trägt er dem Umstand Rechnung, daß er für diese – in den Jahren 1984 und 1985 erbrachten – Leistungen nachträglich kein erhöhtes Entgelt verlangen kann, weil **diese Forderungen inzwischen verjährt sind (§§ 196 Abs. 1 Nr. 15, 201 BGB: Im Jahre 1985 erbrachte Leistungen verjährten zum Jahresablauf 1987, die nunmehr vom Beklagten errechneten Entgelte werden erstmals jetzt, also nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht).** Dasselbe gilt für die Gebührenrechnung des Beklagten vom 28. 9. 1989 (Endbetrag: 2.203,85 DM), mit welcher er nunmehr Abschlußarbeiten und Steuererklärungen für das Jahr 1983 abrechnet.

Im Ergebnis bleibt es dabei: Restliche Entgeltforderungen des Beklagten **für das Jahr 1985** sind ebensowenig dargetan wie solche Forderungen für noch frühere Jahre.

2. Leistungsentgelte für das Jahr 1986:

Seine Buchführungsarbeiten für das Jahr 1986 stellte der Beklagte mit Rechnung vom 28. 9. 1989 (Endbetrag: 19.266,91 DM) unter Einschluß von Lohnabrechnungen und der Mehrwertsteuer mit insgesamt 4.049 DM in Rechnung. Diese Abrechnung bedarf jedoch verschiedener Korrekturen, selbst wenn man – zugunsten des Beklagten – von seinen Wertangaben ausgeht: Die Berechtigung einer 12/10-Gebühr ist nicht ersichtlich. Die **Mittelgebühr des § 33 Abs. 1 StBGebV beträgt lediglich 7/10. Wenn der Steuerberater eine diese Mittelgebühr übersteigende Gebühr verlangt, hat er im einzelnen zu erläutern, daß eine Überschreitung mit Rücksicht auf eine überdurchschnittliche Bedeutung der Angelegenheit, einen überdurchschnittlichen Umfang seiner Arbeiten und wegen überdurchschnittlicher Schwierigkeiten angemessen ist** (Senat, StB 1986, 160; ständige Rechtsprechung des Senats). An solchen Darlegungen fehlt es hier. Außerdem kann das Entgelt für die „**Lohnabrechnung**“ nicht auf seine Berechtigung überprüft werden, weil der Beklagte die von ihm **angewendete Gebührenschrift nicht in der gehörigen Weise angegeben hat** (vgl. hierzu: § 9 StBGebV und die unterschiedlichen Gebührenalternativen in § 34 StBGebV).

.....

3. Buchführungsentgelt für 1987:

Seine Buchführungsarbeiten für das Jahr 1987 stellt der Beklagte nunmehr mit seiner Rechnung vom 28. 9. 1989 (Endbetrag: 3.972,67 DM) in Rechnung, und zwar mit einem Gesamtbetrag von 2.692,80 DM (ohne Mehrwertsteuer). Zusätzlich berechnet er „Lohnabrechnungen“ für zwei Arbeitnehmer (192 DM ohne Mehrwertsteuer) und ein Honorar

für „div. Schriftverkehr + Beratungen“ (600 DM ohne Mehrwertsteuer). Insoweit kann die Wertangabe des Beklagten (74.632 DM) zu seinen Gunsten als richtig unterstellt werden, im übrigen ist die Rechnung jedoch nicht unwesentlich zu korrigieren.

Es fehlt auch im Rahmen dieser Rechnung an einer erläuternden Begründung für die Berechtigung einer 12/10-Gebühr, also einer Gebühr oberhalb der **Mittelgebühr** von 7/10. Hinsichtlich der „**Lohnabrechnungen**“ ist wiederum die vom Beklagten angewandte Gebührenvorschrift nicht in der vorgeschriebenen Weise mitgeteilt. Die Gebühr für „**Schriftverkehr**“ und „**Beratungen**“ ist mit einem Pauschbetrag angegeben, dessen Berechtigung gleichfalls nicht erläutert ist.

.....

4. Abschlußarbeiten und Steuererklärungen für 1986:

Die von ihm für die Abschlußarbeiten 1986 und verschiedene Steuererklärungen 1986 verlangten Gebühren hat der Beklagte in seiner Rechnung vom 29.4.1988 – erneuert mit gleichartiger Rechnung vom 17.4.1989 – zusammengestellt (Endbetrag: 1.833,12 DM). Bei der Überprüfung dieser Rechnung kann wiederum die Wertangabe für die Bilanzierungsarbeiten (193.096 DM) zugunsten des Beklagten als richtig unterstellt werden, im übrigen hat er hinsichtlich der Gebühren für die Steuererklärungen jeweils die Mindestwerte angesetzt. Der Vergleich der vom Kläger angesetzten Gebühren mit den jeweiligen Mittelgebühren zeigt, daß der Beklagte die Mittelgebühren lediglich in einem Falle überschritten hat, und zwar bei der Einkommensteuererklärung. Für diese berechnet er nämlich eine Gebühr von 5/10, während die Mittelgebühr nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV 3,5/10 beträgt (Rahmengebühr: 1/10 bis 6/10). Die Berechtigung einer Überschreitung der **Mittelgebühr** ist auch hier nicht dargetan, die erwähnte Rechnung ist demgemäß in diesem Punkt zu korrigieren.

Provisionsgeschäfte

– Herausgabepflicht

(OLG Koblenz Urt.v. 16.3.1989 – 5 U 1334/88, nrkr; StB 1989, 409)

Leitsätze:

1. Die Annahme von Provisionen und ähnlichen Vorteilen, gleichviel unter welchen Bezeichnungen sie gewährt werden, durch einen Steuerberater aus der Anlagevermittlung für einen Mandanten ist mit dem Beruf eines Steuerberaters nicht vereinbar (§ 57 StBerG).
2. Zahlt ein Anlagevermittler einem Steuerberater Vergütungen für die Vermittlung von Anlagen seines Mandanten, die sich nach einem prozentualen Verhältnis des Wertes der vermittelten Anlagen richten, so liegt darin – ein entsprechendes Auftragsverhältnis vorausgesetzt – ein entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Steuerberater ist in einem derartigen Fall gem. §§ 675, 667 BGB verpflichtet, seinem Mandanten die von dritter Seite gezahlte Vergütung herauszugeben.
3. Die Verjährungsfrist des Herausgabeanspruches richtet sich nicht nach der kürzeren Frist nach § 68 StBerG, sondern es gilt die 30jährige Verjährungsfrist des § 195 BGB.

Aus den Gründen:

Unstreitig hat der Beklagte dem Kläger Anlageempfehlungen gegeben und ihn zum Kauf verschiedener Fondsbeteiligungen sowie zur Beteiligung an einem Bauherrenmodell veranlaßt. Diese Beratung erfolgte nicht kostenlos, wobei offen bleiben kann, ob der Beklagte das Entgelt hierfür von dritter Seite erhalten oder ob es durch die Berechnung anderer Leistungen des Beklagten für den Kläger mitabgegolten sein sollte. In beiden Fällen läge keine unentgeltlich Beratung vor. Der Senat sieht in dieser entgeltlichen Anlageberatung des Beklagten für den Kläger einen Geschäftsbesorgungsvertrag (vgl. Palandt, BGB, 47. Aufl., § 675 Anm. 3 a). Gemäß §§ 675, 667 BGB folgt daraus, daß der Beklagte verpflichtet ist, dem Kläger alles herauszugeben, was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt hat.

Aus der eigenen Aufstellung des Beklagten vom 15. 2. 1988 ergibt sich, daß dem Beklagten im Zusammenhang mit der Anlageberatung für den Kläger 46.130,88 DM zugeflossen sind.

Zur Herausgabe dieses Betrages gemäß § 667 BGB ist der Beklagte allerdings nur dann verpflichtet, **wenn es sich dabei nicht um das vom Kläger geschuldete Entgelt für die Beratung handelt, sondern um eine sonstige Leistung, die der Beklagte als Beauftragter in Erfüllung seines Auftrages von einem Dritten erhalten hat** (Staudinger/Wittmann, BGB, 12. Aufl., § 667 Rdnr. 6). Hiervon ist der Senat überzeugt.

Der Beklagte hat zwar behauptet und unter Beweis gestellt, er habe mit dem Steuerberater P. vereinbart, daß dieser dem Beklagten dessen steuerberatende Tätigkeit für Mandanten im Zusammenhang mit der Zeichnung von Fondsbeteiligungen bezahle. Der Senat unterstellt den formellen Abschluß einer solchen Vereinbarung. Er ist aber davon überzeugt, daß es sich bei dieser Vereinbarung um ein Scheingeschäft handelt, mit dem eine in Wirklichkeit beabsichtigte Provisionsabrede verdeckt werden sollte (§ 117 Abs. 2 BGB).

Steuerberater P. war an der Anlage**beratung** des Klägers durch den Beklagten nicht beteiligt. Er ließ sich nicht beraten. Es sind nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür erkennbar, weshalb er sich hätte verpflichten sollen, vom Kläger geschuldete Beratungshonorare an den Beklagten zu zahlen. Stellt man dagegen auf die Anlage**vermittlung** ab, an der P. ganz offensichtlich beteiligt war, so gewinnt die Zahlung eines Entgelts an den Beklagten einen Sinn. Als Anlagevermittler, der selbst hierfür Provision erhielt, waren P. bzw. die hinter ihm stehende Firma B. an der Vermittlung weiterer Kaufinteressenten sehr interessiert. Das legt den Schluß nahe, daß der Beklagte und P. **in Wahrheit eine Provisionsvereinbarung trafen und sie nur zum Schein als Zahlung eines Beratungshonorars bezeichneten**.

Hierfür spricht auch, daß der Beklagte ein „Honorar“ erhalten hat, das in einem bestimmten Prozentsatz der Zeichnungssumme bestand und zudem auch nur dann zu bezahlen war, wenn der Anlageinteressent tatsächlich zeichnete. Beides ist typisch für eine Provisionsabrede, nicht aber für ein Beratungshonorar eines Steuerberaters. Der Honoraranspruch des Steuerberaters aus seiner Beratertätigkeit besteht unabhängig davon, ob sich der Klient entschließt, der Beratung auch zu folgen. Der Steuerberater hat ferner, soweit keine besondere Vergütungsabrede getroffen worden ist, Anspruch auf die übliche Vergütung. Die übliche Vergütung aber berechnet sich nicht nach einem Prozentsatz der Anlagesumme. Das zeigen mit aller Deutlichkeit die eigenen Honorarrechnungen des Beklagten, die dieser im vorliegenden Verfahren in Zusammenhang mit seiner Anlageberatung vorgelegt hat. Nach § 14 StBGebV und der vor deren Inkrafttreten von Steuerberatern zur Gebührenberechnung verwendeten ALLGO (§ 20) sind Gebührenpauschalen nämlich nur dann zulässig, wenn

sie schriftlich vereinbart wurden und zwar für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr. Der Beklagte hat selbst nicht behauptet, eine derartige Absprache zur Berechnung seiner Beraterhonorare mit dem Kläger getroffen zu haben. Auch das spricht dagegen, daß die Zahlungen als Begleichung von Beraterhonorar gedacht und gewollt waren, das der Kläger dem Beklagten schuldete.

Vielmehr ist der Senat davon überzeugt, daß die Zahlungen als Provision an den Beklagten erfolgten. Daß der Beklagte und P. **die Provisionszahlungen in Form von „Beratungshonoraren“ zu verdecken suchten**, wird ohne weiteres erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß die Annahme von Provisionen und ähnlichen Vorteilen mit dem Beruf eines Steuerberaters nicht vereinbar ist (vgl. hierzu Bonner Handbuch der Steuerberatung Band I § 57 StBerG Rdnr. B 831).

Im übrigen würde selbst dann, wenn P. das Geld nicht als Provision, sondern als Beratungshonorar gezahlt hätte, es sich hier nicht um das Bewirken der vom Kläger geschuldeten Leistung handeln (Zahlung des vereinbarten Entgelts), sondern um eine sonstige Leistung, zu deren Herausgabe der Beklagte gemäß § 667 BGB verpflichtet ist.

Dabei kann offen bleiben, ob das Entgelt für die Beratung durch andere Honorarrechnungen abgegolten sein sollte oder ob der Kläger das übliche Honorar schuldete. Im ersten Fall steht ohne weiteres fest, daß P. dann nicht die geschuldete Leistung bewirkt hätte. Im zweiten Fall trifft dies gleichfalls zu, denn geschuldet war – wie der Senat bereits ausgeführt hat – kein Pauschalhonorar. Selbst wenn es zuträfe, wovon der Senat nicht ausgeht, daß der Beklagte allgemein mit dem Kläger vereinbart hatte, das Honorar solle durch einen Dritten beglichen werden, wäre damit diese Form der Honorarzahlung (Pauschalhonorar) nicht vereinbart gewesen. Der Beklagte hat selbst nicht behauptet, dem Kläger mitgeteilt zu haben, daß er von dritter Seite Honorare erhalte, deren Höhe sich nach einem bestimmten Prozentsatz der Anlagesumme orientiert und zudem nur bei tatsächlicher Fondszeichnung anfallen sollte. Es erübrigt sich deshalb, der Frage nachzugehen, ob die Parteien überhaupt über die Frage der Honorarzahlung durch einen Dritten gesprochen haben und der Kläger hiermit einverstanden war.

Der Herausgabeanspruch des Klägers gemäß § 667 BGB ist nicht verjährt. Der kurzen Verjährungsfrist des § 68 StBerG unterliegen lediglich Schadenersatzansprüche des Auftraggebers gegen den Steuerberater. **Für Herausgabeansprüche nach § 667 BGB gilt dagegen die 30jährige Verjährungsfrist des § 195 BGB** (Palandt a.a.O. § 667 Anm. 4 d).

Ohne Erfolg bleibt auch der Einwand des Beklagten, er sei nicht zur Herausgabe des in der Summe von 46.130,88 DM enthaltenen **Mehrwertsteueranteils** verpflichtet, den er an das Finanzamt abgeführt habe. Nach § 667 BGB ist der Auftragnehmer verpflichtet, das Erlangte uneingeschränkt an den Auftraggeber herauszugeben. Hinzu kommt, daß es sich bei den Zahlungen um Provisionen und nicht um die Begleichung von Beratungshonoraren durch einen Dritten gehandelt hat. Mehrwertsteuerpflichtig hierfür war jedenfalls nicht der Kläger, sondern der Beklagte selbst.

Haftung des Steuerberaters

- Steuerberatung und Anlagenberatung
 - Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden
- (LG Duisburg Urt.v. 9.11.1989 – 9 O 97/88)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Grundsätzlich ist der Steuerberater nur verpflichtet, in steuerlicher und nicht in wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten.
2. Auch im Rahmen steuerlicher Beratung ist der Mandant vor Schaden zu bewahren, so daß auf wirtschaftliche Fehlentscheidungen dann hinzuweisen ist, wenn diese offenkundig sind.
3. Ein Kausalzusammenhang zwischen einem Beratungsfehler und dem Schaden des Mandanten setzt voraus, daß die gegebene Beratung für die Entscheidung des Mandanten ursächlich war **und** die vom Steuerberater verschwiegenen Umstände zum Konkurs der Beteiligungsgesellschaft geführt haben.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht kein Anspruch auf Schadenersatz gegen die Beklagte zu.

Ein solcher Anspruch ergibt sich insbesondere nicht aus einer positiven Vertragsverletzung des seinerzeit zwischen dem Kläger und dem Verstorbenen bestehenden Steuerberatervertrages. Ein solcher Anspruch setzt das Vorliegen einer schuldhaften Pflichtverletzung des Verstorbenen und den Eintritt eines auf der Pflichtverletzung beruhenden Schadens voraus. Ob und in welchem Umfang der Verstorbene seine Pflichten aus dem

Steuerberatervertrag verletzt hat, kann letztlich dahinstehen. Jedenfalls fehlt es an dem erforderlichen Zusammenhang zwischen einer solchen Pflichtverletzung und dem beim Kläger eingetretenen Schaden.

Der Umfang der Pflichten eines Steuerberaters ergibt sich aus der aus den jeweiligen Umständen des Einzelfalles abzuleitenden Vereinbarung. **Grundsätzlich ist der Steuerberater nur verpflichtet, in steuerlicher Hinsicht und nicht in wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten.** Etwas anderes gilt dann, wenn eine Anlagenberatung vereinbart wurde. Unstreitig war der Verstorbene seit 1979 als Steuerberater in umfassender Weise für die steuerlichen Belange des Klägers zuständig. Ob er ihn darüber hinaus auch auf wirtschaftlichem Gebiet beraten hat, ist zwischen den Parteien streitig. Streitig ist ferner, ob der Verstorbene den Kläger lediglich auf die A. GmbH aufmerksam gemacht oder darüber hinaus eine Beteiligung dringend empfohlen und die Gewinnerwartung positiv dargestellt hat. Diese Punkte bedürfen keiner Klärung. Denn der steuerliche Berater ist auch im Rahmen seiner **allgemeinen Vertragspflichten, seinen Mandanten vor Schaden zu bewahren, gehalten, auf etwaige wirtschaftliche Fehlentscheidungen dann hinzuweisen, wenn diese offen zu Tage liegen** (BGH NJW-RR 1987, S. 1375, 1376). Das gilt insbesondere dann, wenn wie hier der Verstorbene den Kläger auf die Beteiligungsmöglichkeiten an der A. GmbH hingewiesen hat und darüber hinaus für den Kläger tätig wurde, indem er den Gewinnverwendungsnachweis vom 18.7.1986 erstellte. Der Verstorbene war also in jedem Falle verpflichtet, alle ihm bekannten Umstände, die eine Beteiligung des Klägers an der A. GmbH als eindeutige wirtschaftliche Fehlentscheidung erscheinen ließen, zu offenbaren. So hätte der Verstorbene den Kläger auf versteckte Schmiergeldzahlungen und offene Leistungsbescheide der Sozialversicherungsträger hinweisen müssen, soweit sie ihm bekannt waren.

Ob der Verstorbene seine Vertragspflichten in der vorgenannten Weise verletzt hat, kann dahinstehen. Selbst wenn man eine solche Pflichtverletzung annimmt, ist diese jedenfalls nicht ursächlich für den beim Kläger eingetretenen Schaden.

Bei der Frage des **Zusammenhangs zwischen Pflichtverletzung und Schaden** ist nicht nur darauf abzustellen, daß der Kläger sich bei vollständiger Information durch den Verstorbenen möglicherweise gar nicht erst an der A. GmbH beteiligt hätte. Es ist vielmehr erforderlich, **daß die vom Verstorbenen erteilten Informationen für die Entscheidung des Klägers, sich zu beteiligen, ausschlaggebend waren und die vom Verstorbenen verschwiegenen Umstände zum Konkurs der A. GmbH geführt haben.** Beides ist nicht der Fall.

Die Kammer ist nicht der Überzeugung, daß die Informationen des Verstorbenen für die Entscheidung des Klägers ausschlaggebend waren. Der Kläger war am Erwerb der A. GmbH interessiert, da diese eine passende Ergänzung zu seinem bisherigen Unternehmen darstellte. Es kam ihm weniger auf hohe Gewinne als vielmehr darauf an, eine Firma zu erwerben und zu führen, die die für die Montage der von der bisherigen Firma des Klägers hergestellten Anlagen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stellen konnte.

Dem Kläger war bekannt, daß sich die A. GmbH in einer Liquiditätskrise befand. Die Beteiligung des Klägers sollte gerade mit dem Ziel erfolgen, diese Krise zu überwinden. Dem Kläger war ferner bekannt, daß die A. GmbH einer straffen Führung bedurfte. Aus diesem Grunde übernahm der Kläger die Geschäftsführung und die Mehrheit der Gesellschaftsanteile. Folglich war sich der Kläger darüber im klaren, daß die Beteiligung an der A. GmbH nicht ohne Risiko war. Dafür spricht auch, daß das der A. GmbH gewährte Darlehen von 24.500,- DM durch eine Bürgschaft gesichert wurde.

Was die Schmiergelder anbelangt, so ist dem Gewinnverwendungsnachweis vom 18.7.1986 zu entnehmen, daß solche in beträchtlicher Höhe gezahlt wurden. Auch war dem Kläger, der seit 1979 eine eigene Maschinenbaufirma betreibt und mit den Gepflogenheiten der Branche vertraut ist, bekannt, daß die Zahlung von Schmiergeldern nicht unüblich ist. Schließlich hat sich der Kläger über die finanziellen Verhältnisse der A. GmbH und der früheren Einzelfirma M. selbst ein Bild machen können, da ihm unter dem 15.7.1986 Vollmachten zur Einholung von Bankauskünften erteilt wurden.

Aus den vorgenannten Umständen ergibt sich, daß sich der Kläger des Risikos einer Beteiligung an der A. GmbH durchaus bewußt war. Er kann sich daher nicht darauf berufen, daß eine unzureichende Information durch den Verstorbenen für seine Entscheidung ausschlaggebend war. Selbst wenn der Verstorbene den Kläger über die Höhe der Schmiergeldzahlungen und über offene Leistungsbescheide der AOK und der Berufsgenossenschaft informiert hätte, wäre lediglich der im Gewinnverwendungsnachweis vom 18.7.1986 ausgewiesene Gewinn nach unten zu korrigieren gewesen. Daraus hätten sich aber keine zuverlässigen Schlüsse auf die Situation der A. GmbH im Juli 1986 ziehen lassen. Insbesondere hätte sich in bezug auf die dem Kläger bekannte Liquiditätskrise der A. GmbH im Juli 1986 keine Änderung ergeben.

Schließlich haben die vom Verstorbenen möglicherweise verschwiegenen Umstände nicht zum Konkurs der A. GmbH und damit zum Schaden des

Klägers geführt. Nach der Übernahme der Mehrheit der Gesellschaftsanteile und der Geschäftsführung durch den Kläger am 22. 7. 1986 setzte die A. GmbH ihren Betrieb zunächst fort. Der Kläger hatte sich vor seinem Eintritt in die Gesellschaft von der guten Auftragslage durch Einsichtnahme in die entsprechenden Verträge selbst überzeugt.

Zur Stellung des Konkursantrages am 16. 10. 1986 kam es, wie der Kläger in der mündlichen Verhandlung am 19. 10. 1989 selbst vorgetragen hat, erst dadurch, daß ein Hauptauftraggeber es verstanden hatte, eine längst fällige Abrechnung immer wieder hinauszuschieben, so daß eine erneute Liquiditätskrise eintrat. Diese konnte dann nicht mehr überwunden werden. **Der Konkurs der A. GmbH beruht folglich auf der Verwirklichung eines allgemeinen Risikos, das jeder, der am Wirtschaftsleben teilnimmt, selbst zu tragen hat und nicht auf Umständen, die der Verstorbene dem Kläger hätte mitteilen müssen.**

Etwas anderes würde nur dann gelten, wenn der Kläger eine aufgrund unzureichender Informationen des Verstorbenen gesund erscheinende Firma übernommen hätte, die in Wahrheit bereits im Zeitpunkt der Übernahme konkursreif war. Das ist vom Kläger weder vorgetragen worden noch den Gesamtumständen zu entnehmen. In diesem Falle hätten Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung im Sinne von § 63 Abs. 1 GmbH Gesetz bereits Mitte Juli 1986 vorliegen und kurz nach der Übernahme der Firma durch den Kläger zur Stellung des Konkursantrages führen müssen. Das war jedoch nicht der Fall. Vielmehr konnte die GmbH noch bis zum 16. 10. 1986 ihre Tätigkeit fortsetzen. Erst durch eine nicht vorhersehbare Zahlungsverzögerung durch einen Hauptauftraggeber kam es zur Zahlungsunfähigkeit und damit zur Konkursreife.

An dieser Beurteilung vermag auch die erstmalig in der letzten mündlichen Verhandlung am 19. 10. 1989 aufgestellte Behauptung des Klägers, weitere 100.000,- DM in der A. GmbH verloren zu haben, nichts zu ändern. Der Kläger hat nicht substantiiert dargelegt, in welchem Zeitpunkt und in welcher Weise er dieses Geld in die A. GmbH eingebracht haben will und inwieweit eine bereits zu einem früheren Zeitpunkt drohende Zahlungsunfähigkeit damit abgewendet wurde.

Fehlerhafte Anlageberatung

- Anlageberatung durch Mitarbeiter/Steuerfachgehilfen
- Duldungsvollmacht
- Garantievertrag

(LG Köln Urt.v. 22.6.1988 – 20 O 5417/87)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Steuerberater haftet für eine fehlerhafte Anlageempfehlung seines Mitarbeiters nur, wenn dieser in seinem Auftrage oder in Vollmacht von ihm gehandelt hat. Andernfalls kann eine Haftung des Steuerberaters nur beim Vorliegen einer Duldungsvollmacht gegeben sein. Diese setzt die Kenntnis des Steuerberaters voraus, daß der Mitarbeiter als Anlageberater und gleichzeitig als sein Mitarbeiter auftrat.
2. Der Abschluß eines Garantievertrages verlangt die Zusage, für einen bestimmten Erfolg ohne Rücksicht auf sein Verschulden, die Ursächlichkeit seines Verhaltens bzw. den Grund für den Nichteintritt des Erfolges eintreten zu wollen.
Wegen des allgemein bekannten Risikos der Anerkennung von Verlustzuweisungen durch die Finanzbehörde ist eine derart weitgehende Einstandspflicht i. d. R. nicht gewollt.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat gegen die Beklagten weder einen Anspruch auf Zahlung von 7.168,- DM nebst Zinsen, noch sind die Beklagten verpflichtet, dem Kläger einen Schaden von 114.960,- DM zu ersetzen, wenn die negativen Feststellungsbescheide für den Fonds 17 für die Jahre 1978 bis 1985 des Finanzamtes M. bestandskräftig werden.

Der Kläger hat keinen Anspruch gegen die Beklagte zu 1.

Es ist zunächst zu unterscheiden, zwischen dem Rat, eine Steuerersparnis anzustreben durch eine zu Verlustzuweisungen führende Beteiligung und der konkreten Empfehlung einer Beteiligung an dem Fonds 17.

Soweit die Beklagte zu 1., vertreten durch den Beklagten zu 2. als ihren Mitarbeiter, einen allgemeinen Rat zu einem solchen Weg zur Steuerersparnis gegeben haben mag, wird dies vom Kläger nicht beanstandet und leitet er daraus Schadenersatzansprüche nicht her.

Soweit der Beklagte zu 2. konkret die Beteiligung am Fonds 17 empfohlen hat, behauptet der Kläger nicht, daß dies im Auftrage und in Vollmacht der Beklagten zu 1. geschehen sei.

Eine Haftung der Beklagten zu 1. für den geltend gemachten Schaden könnte deshalb insoweit nur gegeben sein, wenn das Vorliegen einer Duldungsvollmacht anzunehmen wäre. Das würde voraussetzen, daß der Beklagten zu 1. nicht nur die Nebentätigkeit des Beklagten zu 2. als Anlageberater bekannt war, sondern daß der Beklagten zu 1. außerdem bekannt war, daß der Beklagte zu 2. bei dieser Nebentätigkeit diese gegenüber den Klienten der Beklagten zu 1. nicht offenbarte, sondern auch insoweit als Mitarbeiter der Beklagten zu 1. auftrat und die Beklagte zu 1. dieses geduldet hätte. Dies hat der Kläger nicht dargetan.

Schon der Vortrag des Klägers, der Beklagte zu 2. habe seine Tätigkeit als Anlageberater nicht klargestellt, ist angesichts der unstreitigen Tatsache, daß der Beklagte zu 2. in der vom Kläger unterzeichneten Beitrittserklärung ausdrücklich persönlich als Anlageberater aufgeführt ist, wenig überzeugend. Für den Umstand aber, daß die Beklagte zu 1. von einem insoweit etwa unredlichen oder auch nur mißverständlichen Verhalten des Beklagten zu 2. gewußt und dieses geduldet habe, ist gar nichts vorgetragen; es wird dies nicht einmal ausdrücklich behauptet.

Für einen Anspruch gegen die Beklagte zu 1. fehlt es mithin insoweit an einer Rechtsgrundlage.

Der Kläger hat auch keinen Anspruch aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrages oder eines besonderen Auftragsvertrages mit den Beklagten über die steuerliche Sicherheit der Beteiligung am Fonds 17, denn selbst wenn ein Auskunftsvertrag zustande gekommen und verletzt sein sollte, so fehlt es an einem Verschulden der Beklagten.

Bei den behaupteten Auskünften haben die Beklagten nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt verletzt. Fahrlässigkeit scheidet aus, wenn eine Prüfung des Prospektes der Abschreibungsgesellschaft die Plausibilität der steuerlichen Konstruktion und der dadurch zu erwartenden Verlustzuweisungen ergeben hat. Denn es ist ein **allgemein bekanntes Risiko, daß nicht voraus feststeht, ob die Verlustzuweisungen bei der Beteiligung an einer Abschreibungsgesellschaft von der zuständigen Finanzbehörde letztendlich anerkannt werden.** Das Wissen um dieses Risiko konnten die Beklagten beim Kläger voraussetzen, **zumal dieser selbst in der Vergangenheit durch Beteiligungen erhebliche Nachteile erfahren hatte** und die steuerliche Unsicherheit auch in dem Prospekt in Form eines Haftungsausschlusses erwähnt war. Daß mit derjenigen Entwicklung von Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, die letztlich zu dem für den Kläger

unbefriedigenden Ergebnis geführt hat, im Zeitpunkt der Beratung im Herbst 1978 nicht bereits gerechnet werden mußte, ergibt sich schon daraus, daß die Finanzverwaltung ihren vom Kläger vorgelegten negativen Feststellungsbescheid für das Kalenderjahr 1980 auf eine Entscheidung des Großen Senats des Bundesfinanzhofs stützt, die erst am 15. 6. 1984 ergangen und erst im Bundessteuerblatt 1984 veröffentlicht worden ist (BStBl 84, Teil 2 S. 751 ff.).

Der Klageanspruch ist auch gegenüber dem Beklagten zu 2. auch nicht aus anderen Rechtsgründen gerechtfertigt.

Der Kläger hat keinen Anspruch aus einem mit dem Beklagten zu 2. abgeschlossenen **Garantievertrag** des Inhalts, daß dieser für die Realisation der erwarteten Verlustzuweisungen einzustehen hätte, weil der Beklagte zu 2. keine dahingehende Willenserklärung abgegeben hat. Die vom Kläger behauptete Erklärung des Beklagten zu 2., nach Prüfung durch die Beklagte zu 1. sowie nach seiner eigenen auf einer Prüfung beruhenden Überzeugung gewährleiste die Beteiligung eine sichere Steuerersparnis und eine solide Kapitalanlage, kann ebensowenig als Garantieerklärung angesehen werden wie die vom Kläger behauptete Erklärung des Beklagten zu 2., von der Realisierung der Zusagen könne der Kläger „ausgehen“.

An die Annahme einer Garantieerklärung sind strenge Anforderungen zu stellen. Durch einen Garantievertrag übernimmt der **Garant die Gewähr für einen bestimmten Erfolg**. Für die Einstandspflicht des Garanten kommt es nur auf den Nichteintritt des garantierten Erfolges an. Verschulden des Garanten, Ursächlichkeit seines Verhaltens für den Nichteintritt des Erfolges sowie der Grund für den Nichteintritt spielen keine Rolle. Daß eine derart weitgehende Einstandspflicht vom Beklagten zu 2. gewollt war, kann den vorgetragenen Erklärungen des Beklagten zu 2. nicht entnommen werden.

Mit jenen Erklärungen wird vielmehr nur gesagt, daß nach den Prospektangaben die steuerliche Konstruktion als solche und die Höhe der angegebenen Verlustzuweisungen **plausibel** erscheint sowie keine sonstigen Umstände aus diesem Prospekt hervorgehen oder dem Erklärenden sonst bekannt geworden seien, die eine Beteiligung als riskant erscheinen ließen. Eine Garantie für die steuerliche Sicherheit der Verlustzuweisungen im Sinne einer rechtsgeschäftlichen Willenserklärung kann diesen allgemeinen Äußerungen nicht beigemessen werden.

Dies gilt um so mehr, als die **Beklagten nicht zu den Initiatoren des Projekts** gehörten, deshalb auch keinerlei Insiderinformationen und keinen Einfluß auf das wirtschaftliche Verhalten des Fonds 17 hatten. Ferner hatten sie keinen Einfluß auf das Prüfungsverfahren der zuständigen Finanzbehörde.

Außerdem besteht, wie bereits ausgeführt, bei Abschreibungsgesellschaften immer ein gewisses Risiko, ob die steuerliche Konstruktion von der zuständigen Finanzbehörde anerkannt wird, insbesondere muß mit Änderungen der Rechtsprechung der finanzbehördlichen Verwaltungspraxis gerechnet werden. Auf dieses Risiko wird in dem Anlageprospekt ausdrücklich hingewiesen (§14) und ein diesbezüglicher Haftungsausschluß für KG, Treuhänder und Vermittler vorgesehen.

Der Anspruch des Klägers festzustellen, daß die Beklagte verpflichtet sei, dem Kläger einen Schaden von 114.960,- DM zu ersetzen, wenn die negativen Feststellungsbescheide für den Fonds 17 für die Jahre 1978 bis 1985 des Finanzamtes M. bestandskräftig werden, ist ebenfalls aus den vorerörterten Gründen nicht gegeben. Denn auch dieser Schaden wird daraus hergeleitet, daß die Verlustzuweisungen aus der Beteiligung am Fonds 17 steuerlich nicht anerkannt werden. Nach den vorhergehenden Ausführungen besteht aber kein Anspruch des Klägers gegen die Beklagten auf Ersatz des Schadens, der aus der fehlenden steuerlichen Anerkennung der Verlustzuweisungen resultiert.

Haftung des Steuerberaters

– Schaden durch Schätzungsveranlagung
(LG Köln Urf.v. 22.6.1989 – 2 O 42/88)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Zur Darlegung eines Schadens durch eine Schätzungsveranlagung.
2. Der schlüssige Vortrag eines einkommensteuerlichen Verlustes setzt zumindest die Darlegung der Summe der Wareneingangsrechnungen und der Warenausgangsrechnungen, des Wareneinsatzes und der Betriebskosten voraus.

Aus den Gründen:

Die Kläger können – die Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids für 1985 unterstellt – gegen den Beklagten keinen Schadenersatzanspruch geltend machen. Dabei kann offenbleiben, ob der Beklagte den Geschäftsbesorgungsvertrag der Parteien mit Dienstvertragscharakter (vgl. Palandt-Thomas, BGB, 47. Aufl., Einführung vor § 631 Anm. 5) dadurch schuldhaft verletzt hat, daß er es pflichtwidrig unterließ, die Einkommensteuererklärung für 1985 zu fertigen und insbesondere gegen den

Einkommensteuerbescheid für 1985, soweit dieser auf Schätzungen des Finanzamtes beruhte, Einspruch einzulegen und daher wegen positiver Vertragsverletzung (vgl. Palandt-Putzo, a.a.O., § 611 Anm. 1r) dem Grunde nach haftet.

Denn die Kläger haben jedenfalls **nicht schlüssig dargetan, daß die seitens des Finanzamtes geschätzten Einkünfte des Ehemanns aus Gewerbebetrieb über den tatsächlichen Einkünften lagen und ihnen damit aufgrund der Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids für 1985 ein Schaden entstanden ist.**

Die Kläger haben lediglich pauschal behauptet, daß sie statt eines (vom Finanzamt geschätzten) Gewinns von 20.000,- DM tatsächlich einen Verlust von 271.000,- DM aus dem Gewerbebetrieb des Ehemanns gemacht hätten, so daß sie für 1985 nicht zur Einkommensteuer herangezogen worden wären, wenn der Beklagte die Einkommensteuererklärung abgegeben, zumindest gegen den Steuerbescheid Einspruch eingelegt hätte. Abgesehen davon, daß die Kläger als Schaden nur den Nachzahlungsbetrag von 10.036,- DM einschließlich eines Verspätungszuschlags von 100,- DM und nicht die festgesetzte Einkommensteuer in Höhe von 41.830,- DM geltend machen, was nach ihrem eigenen Vortrag unverständlich ist, haben sie den behaupteten Verlust von 271.000,- DM nicht nachvollziehbar erklärt. Warum sie keinen Jahresabschluß oder keine vergleichbare Aufstellung für 1985 vorgelegt haben, obwohl die Buchführungsunterlagen nach ihrem Vortrag von Anfang an vollständig und ordnungsgemäß gewesen seien und obwohl ihr neuer Steuerberater gerade auf der Grundlage der vom Beklagten erstellten Buchführung den behaupteten Verlust von 271.000,- DM durch Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ermittelt haben soll, ist nicht verständlich.

Um den behaupteten einkommensteuerrechtlichen Verlust von 271.000,- DM, der nur das Ergebnis des Jahresabschlusses für 1985 sein kann, nachvollziehbar zu erklären, **hätten die Kläger zumindest die Summe der Wareneingangsrechnungen und der Warenausgangsrechnungen (Erlöse), den Wareneinsatz (Differenz zwischen Wareneingang und Warenbestand) sowie den Rohgewinn und die Betriebskosten darlegen müssen.** Dies war hier nicht zuletzt auch deshalb geboten, weil der Beklagte, aus dessen Buchführung die Kläger bzw. deren neuer Steuerberater den behaupteten Verlust von 271.000,- DM errechnet haben wollen, zu einem anderen Ergebnis kommt, nämlich zu einem Gewinn von 26.860,- DM. Die Kläger hätten daher im einzelnen zu den vom Beklagten genannten Zahlen Stellung nehmen müssen. Erst nach Vorlage eines substantiierten Zahlenwerks durch die Kläger wäre dann im Rahmen einer **Beweisaufnahme** zu klären gewesen, ob die den behaupteten Verlust von

271.000,- DM von den Klägern maßgeblich zugrundegelegten Zahlen zugetroffen hätten oder ob diese z.B. Scheinrechnungen (Eingangsrechnungen ohne entsprechende Zahlungsbelege) und/oder Umsätze berücksichtigt hätten, die der GmbH zuzurechnen gewesen wären, welche allenfalls umsatzsteuerrechtlich, nicht jedoch einkommensteuerrechtlich Organ des Einzelunternehmens des Klägers ist.

Jedenfalls hätten die Kläger das auffällige Mißverhältnis zwischen der Summe der Wareneingangsrechnungen bzw. dem Wareneinsatz einerseits und der Summe der Warenausgangsrechnungen bzw. den Erlösen andererseits, auf das der Beklagte hingewiesen hat, näher erläutern müssen. Ihre bloße allgemeine Behauptung, der Wertverlust der Waren, den der Beklagte unter Zugrundelegung ihres Vortrags auf rund 278.000,- DM errechnet hat, sei auf einen Transportschaden zurückzuführen, weil Keramikwaren „zu Bruch“ gegangen seien, ist zu unsubstantiiert, um letztlich ausreichend erklären zu können, daß sie im Jahre 1985 statt vom Finanzamt geschätzten Gewinns von 20.000,- DM einen Verlust von 271.000,- DM gemacht hätten.

Da die Kläger somit schon nicht schlüssig dargetan haben, daß der auf einer Schätzung des Finanzamts beruhende Einkommensteuerbescheid für 1985 unrichtig sei, ist ebensowenig ihr Feststellungsantrag begründet. Mangels substantiierter Darlegung eines Verlusts für 1985 kommt nämlich eine Verlustübertragung auf die Folgejahre nicht in Betracht.

Da ferner nicht auszuschließen ist, daß der Einkommensteuerbescheid für 1985 sogar für die Kläger günstig war, haben diese ebenfalls keinen Anspruch auf Erstattung des Verspätungszuschlags von 100,- DM, weil dieser notwendigerweise mit der Schätzung des Finanzamts zusammenhängt.

GI Hinweis

In vierter Auflage ist das Steuerformularbuch von Fichtelmann, Petzoldt, Schulze zur Wiesche und Focke erschienen (C. F. Müller, 1990, 850 Seiten, 218,- DM). Das Werk gliedert sich in drei Hauptteile. Zwei sind dem Verfahren mit den Finanzämtern und den Finanzgerichten gewidmet. Beispielhafte Schriftsatzmuster erläutern typische Verfahrensabläufe. Einen Schwerpunkt des Buches stellen die Vertragsmuster des dritten Teils dar. Hier finden sich Verträge über Grundstücksgeschäfte, GmbH, GmbH & Co. KG, Verfügungen von Todes wegen, Stiftungen, Familienrechtsverträge, Umwandlungen etc. Eine Fülle von Anregungen für den steuergestaltend tätigen Berater.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1-6, 1990)

Abtretung			
- Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112		
Agenturgeschäft	90, 36		
Allgemeine Versicherungsbedingungen			
- AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42		
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42		
Anderkonto			
- Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94		
- des Notars	90, 51		
- Verfügung über Gelder	90, 51		
Anlageberatung			
- d. Mitarbeiter d. StB	90, 126		
- Prüfungspflichten	90, 127		
- Risiken			
= projizierte Steuervorteile	90, 127		
- und Steuerberatung	90, 122		
- Verjährung v. Schadenersatzansprüchen			
= Wirtschaftsprüfungsfirma	90, 112		
Arbeitsüberlastung			
- d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122		
Auskunftsvertrag			
- stillschweigender Abschluß			
= Verdienstbescheinigung	90, 40		
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
- fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= Aufklärung d. FA	90, 53		
- Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73		
- Ende d. -			
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62		
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62		
- Entnahme	90, 73		
- Schutzzweck	90, 82		
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
- Anderkonto	90, 94		
- Kontounterlagen	90, 94		
Beweislast			
- f. Fehlberatung	90, 33		
- Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37		
- Schaden			
= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33		
Berufsverbot	90, 32		
Dritthaftung			
- stillschweigender Auskunftsvertrag			
= Verdienstbescheinigung	90, 40		
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19		
= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3		
= Bewertungsgutachten	90, 3		
= Bonitätsprüfung	90, 3		
= Darlegung f. Schaden	90, 3		
= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19		
Duldungsvollmacht			
- d. StB	90, 126		
Fristenkontrolle			
- Fristenkontrollbuch			
= Telefax	90, 32		
- Fristversäumnis, unverschuldete -			
= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112		
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32		
- Rückfrage bei Mandanten	90, 2		
- Telefax/Telebrief			
= Fristenkontrollbuch	90, 32		
= Prozeßvollmacht	90, 32		
Garantievertrag			
- Steuerberatungsvertrag	90, 126		
Herausgabeanspruch d. StB			
- von Provisionen	90, 119		
= Mehrwertsteuer	90, 122		
Honoraranspruch d. StB			
- Arglisteinwand	90, 83		
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113		
= nachträgliche Einzelangaben	90, 113		
= Gegenstandswert	90, 114		
= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113		
= Lohnabrechnung	90, 117		
= Zeitgebühr	90, 113		
- Fälligkeit, § 7 StBGebV		90, 104	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV			
= Bilanzberechtigung		90, 101	
= Mittelgebühr		90, 101, 115	
- für nicht erbrachte Leistung		90, 72	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		90, 115	
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB		90, 115	
- Unterzeichnung d. Rechnung		90, 72	
- Verjährung des -		90, 115	
Honoraranspruch d. Wp			
- d. Mehrfachberufers		90, 72	
- Steuerberatergebührenverordnung		90, 72	
Kausalität			
- Beteiligung an Unternehmen		90, 122	
- wirtschaftl. Vorteile bei steuerlichen Nachteilen		90, 73	
- Schutzzweck, Steuerrisiko		90, 82	
Kenntnis des Steuerrechts			
- intern. Rechtsregeln		90, 2	
Konkursverwalter, Haftung d. -			
- Liquidationsverschleppung		90, 72	
Mehrfachberufler			
- Steuerberatergebührenverordnung		90, 72	
Mitarbeiter d. StB			
- Zurechnung beim StB		90, 126	
Mitverschulden			
- Prüfung der Bilanz		90, 57	
- Prüfung d. Steuererklärung		90, 57	
Nachbesserung			
- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung		90, 106	
- Verjährung d. Kostenanspruchs		90, 106	
Nichtzulassungsbeschwerde			
- Begründung d. -		90, 50	
Notar			
- Anderkonto		90, 51	
= Rechtsweg f. Schadensersatzanspruch		90, 51	
Pferdepensionsbetrieb		90, 39	
Prospekthaftung			
- ohne Namensnennung in Prospekt		90, 13	
- d. Treuhänders		90, 13	
- Vertrauensschaden		90, 14	
Provisionsgeschäfte			
- Gebühr f. Anlageberatung		90, 15	
- Herausgabepflicht		90, 15, 119	
- Verjährung d. Herausgabeanspruchs		90, 119	
- Zahlung an Strohmann		90, 15, 119	
Rechtsanwalt			
- Belehrungspflicht			
= Prozeßkostenhilfe		90, 72	
- Treueverhältnis gem. § 266 StGB		90, 87	
- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung			
= Mitwirkung eines Anwalts		90, 32, 50	
- Verkehrs-/Prozeßanwalt		90, 32, 50	
Rechtsberatung			
- d. Wp		90, 18	
= Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrages		90, 18	
Schaden			
- bei Entnahme		90, 73	
- unvermeidbare Steuerzahlung		90, 53	
Schätzung (§ 162 AO)			
- Schaden			
= Darlegungs- und Beweislast zum -		90, 129	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB			
- Testat ohne Prüfung		90, 95	
Sozietät			
- Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel		90, 73	
- neuer Sozios		90, 73	
- Vertrag mit Sozietät o. Sozien		90, 73	
Steuerberatungsgesetz			
- § 57			
= Wirtschaftsberatung		90, 94	
= Zahlung d. Versicherungsprämie		90, 2	
- § 67			
= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie		90, 2	

Steuerberatungsvertrag			BGH v. 1.2.1990 – IX ZR 82/90	90, 112
– Garantievertrag	90, 125		= NJW-RR 1990, 450	
– Mängelbeseitigung	90, 106			
– Mitarbeiterverschulden	90, 126			
– Pflicht zur Wirtschaftsberatung	90, 122			
Steuergestaltungsberatung			BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9.10.1989	90, 94
– Agenturgeschäft	90, 36		– 2 BvR 1558/89	
– Umwandlung	90, 33		= wistra 1990, 97	
– Veräußerungsgewinn	90, 33			
= Gesellschaftsanteil u. Betriebsgrundstück	90, 47			
Steuerhinterziehung			Bayr. OLG v. 26.10.1987 – 4 St 164/87	90, 2
– Berufspflichtverletzung	90, 2		= StB 1989, 159	
– unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2		OLG Celle v. 20.9.1989 – 3 U 240/88	90, 3
– Steuererklärung des StB	90, 2		OLG Düsseldorf v. 6.10.1988 – 8 U 188/87	90, 50
Telefax/Telebrief			= VersR 1989, 850	
– Fristenkontrollbuch	90, 32		OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 – 8 U 223/88	90, 32
– Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32		= VersR 1989, 1262	
Treuhänder			OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 – 12 U 226/88	90, 8
– Mehrwertsteueroption	90, 8		OLG Düsseldorf v. 26.4.1990 – 18 U 16/90	90, 113
– Prospektangaben,			OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 – 18 U 243/89, rkr.	90, 115
zugewiesene Eigenschaften	90, 8		OLG Frankfurt v. 4.4.1989 – 14 U 231/87	90, 33
– Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14		OLG Frankfurt v. 20.9.1988 – 11 U 15/88	90, 95
– Überwachung Dritter	90, 28		OLG Hamm v. 15.6.1988 – 25 U 155/87	90, 57
= Gestaltung d. Zwischen- und Endmiet-			OLG Hamm v. 14.6.1989 – 25 U 22/88	90, 104
verhältnisses	90, 28		OLG Hamm v. 23.6.1989 – 25 U 148/88	90, 72
Unternehmensbeteiligung			OLG Hamm v. 26.6.1989 – 25 W 14/89	90, 106
– Geschäftswertermittlung d. StB	90, 3		OLG Hamm v. 5.7.1989 – 25 U 233/88	90, 53
= Bonitätsprüfung d. StB	90, 3		OLG Hamm v. 30.9.1989 – 25 U 251/87	90, 36
– Haftung f. Altverbindlichkeiten,			OLG Hamm v. 11.11.1989 – 25 U 25/88	90, 15
§ 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19		OLG Karlsruhe v. 24.5.1989 – 6 U 51/88	90, 18
Unterschrift			OLG Karlsruhe v. 30.8.1989 – 1 Ws 60/89	90, 87
– Klageschrift	90, 94		= NSfZ 1990, 82	
Untreue, § 266 StGB			OLG Koblenz v. 28.2.1989 – 12 W 96/89	90, 59
– Auskehr v. Mandantengeldern	90, 87		= VersR 1990, 41	
– d. Rechtsanwaltes	90, 87		OLG Koblenz v. 9.6.1989 – 2 U 1907/87	90, 2
– Strafzumessung	90, 94		= NJW 1989, 2699	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			OLG Koblenz v. 20.11.1989 – 1 W 489/89	90, 72
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und			= vgl. auch OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47	
Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch			= AnwBl. 1984, 444	
= Ende der Belehrungspflicht			OLG Koblenz v. 16.3.1989 – 5 U 1334/88, nrkr.	90, 119
– Auflösung d. Stb.-Vertrages	90, 62, 112		OLG Köln v. 4.10.1989 – 2 U 13/89 rkr.	90, 72
– Rückgabe der Zulassung	90, 112		= DStR 1990, 45	
= schuldhafte Verletzung d. –	90, 62		OLG Köln v. 7.3.1990 – 11 U 208/89	90, 110
– Verjährungsbeginn			OLG Stuttgart v. 31.3.1989 – 9 U 234/88	90, 112
= Bestandskraft d. Steuerbescheides	90, 62		= NJW-RR 1990, 473	
= Folgeschäden	90, 62			
= Nachbesserungskosten	90, 106		OVG Hamburg v. 25.7.1989	
Versicherungsschutz			– OVG Bf VI 64/86	90, 30
– Bindung des Haftpflichturteils	90, 42		= DStR 1989, 683	
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte				
(§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42		LG Duisburg v. 9.11.1989 – 9 O 97/88	90, 122
– wesentliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)			LG Köln v. 22.6.1988 – 20 O 5417/87	90, 126
= Nichtaufdeckung einer Interessen-			LG Köln v. 15.2.1989 – 171 StL 3/89	90, 30
verflechtung	90, 42		= StB 1989, 335	
= Fristversäumnisse	90, 59		LG Köln v. 15.2.1989 – 171 StL 1/89	90, 30
– Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2		= StB 1989, 336	
Vorsatz			LG Köln v. 22.6.1989 – 2 O 42/88	90, 131
– Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95		LG Köln v. 19.10.1989 – 2 O 71/89	90, 69
Vorteilsausgleich			LG Oldenburg v. 27.8.1984 – 13 O 864/84	90, 38
– Steuervorteil	90, 37, 38		LG Paderborn v. 19.10.1989 – 3 O 304/89	90, 40
Wirtschaftsberatung			LG Stuttgart v. 28.2.1989 – 17 O 602/88	90, 28
– Berufsbild d. Steuerberaters	90, 94		LG Stuttgart v. 12.12.1989 – 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
– bei Steuerberatung	90, 122		LG Würzburg v. 20.10.1989 – QS 323/89	90, 94
			= wistra 1990, 118	
BGH v. 25.1.1989 – VII ZB 32/88	90, 2		LG Wuppertal v. 6.12.1988 – 5 O 168/88	90, 47
= VersR 1989, 1167				
BGH v. 26.1.1989	90, 32			
= wistra 1989, 181			BfH v. 12.5.1987 – VII B 63/87	90, 50
BGH v. 13.7.1989 – VII ZR 223/88	90, 50		= BfH NV 1988, 38	
BGH v. 11.7.1989 – II ZB 5/88	90, 32		BfH v. 19.1.1989 – IV R 21/87	90, 32
BGH v. 24.8.1989 – I StR 329/89	90, 94		= NJW 1989, 2646	
= wistra 1990, 98			BfH v. 2.6.1989 – X R 5/85	90, 112
BGH v. 28.9.1989 – VII ZB 9/89	90, 32		= BfH NV 1990/117	
= VersR 1989, 1316				
BGH v. 17.10.1989 – XI ZR 158/88	90, 73		EG Berlin v. 17.8.1988 – I EG 10/88	90, 2
= VWM 1990, 188			= RBeistand 1989, 55	
BGH v. 7.12.1989 – I ZR 3/88	90, 94			
= Steuertelex	173/90		FG Hamburg v. 20.7.1989 – I 162/88	90, 94
BGH v. 14.12.1989 – IX ZR 119/88	90, 51		= EFG 1990, 119	
BGH v. 12.1.1990 – IX ZR 245/88	90, 72		FG Saarland v. 24.5.1989 – 2 K 214/86	90, 30
BGH v. 30.1.1990 – XI ZR 63/89	90, 82		= DStR 1989, 719	
= VersR 1990, 534			Schreiben d. Bundesministers d. Finanzen	
			v. 3.4.1990 – IV A 5/S 0062/5-90	90, 112

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.